

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Dienstag, den 2. Juli 1918.

25. Jahrg.

Arbeiten im Reichstag.

In den nächsten beiden Wochen muß der Reichstag sein Sommerpensum aufarbeiten, doch steht noch nicht fest, was er wirklich fertig bringt und was er für den nächsten Tagungsabschnitt liegen läßt.

Die Statberatung ist bis auf die dritte Lesung fertig, die am Mittwoch beginnt. Seine Verabschiedung hat sich so lange hinausgezögert, daß noch einmal ein neuer Notetat bewilligt werden mußte, weil der erste die nötigen Gelder nur bis 1. Juli bewilligte.

In engstem Zusammenhang mit dem Etat stehen die neuen Steuern. Die Zusammenfassung des neuen riesigen Steuerbuchs ist nunmehr fest; es sind höchstens noch ganz untergeordnete Kleinigkeiten zweifelhaft. Die Regierung schenkte bekanntlich 3 Milliarden Mark neue Steuern, abgesehen von einer neuen Kriegsgewinnsteuer auf Erwerbsgesellschaften lauter Abgaben von Verbrauch und Verkehr. Bei dem ungeheuren Geldbedarf des Reiches und der Bewilligungsfreudigkeit der bürgerlichen Parteien war an eine Ablehnung wesentlicher Regierungsforderungen von vornherein nicht zu denken. Klugerweise konzentrierte infolgedessen die Fraktion ihre Anstrengungen darauf, das Steuerprogramm der Regierung durch kräftige Abgaben der Wohlhabenden zu ergänzen. So wurden der Regierung über ihre Forderung hinaus weitere 12 000 Millionen Mark Steuern als Abgabe vom Kriegsmehreinkommen und Kriegsabgabe vom Vermögen bewilligt. Die Vermögenssteuer beginnt mit einem Steuerfuß von Eins vom Tausend bei Vermögen bis zu 200 000 Mark und steigt auf fünf vom Tausend bei Vermögen über 1,2 Millionen Mark. Die Mehreinkommensteuer wird in der Weise berechnet, daß ein Friedenseinkommen von 10 000 M. zugrundegelegt und 3000 Mark Einkommenszuwachs freigelassen werden. Einkommen unter 13 000 M. kommen deshalb für diese Steuer überhaupt nicht in Frage. Im übrigen wird der Unterschied zwischen Friedenseinkommen und Kriegseinkommen bestimmt, und zwar wenn das Mehreinkommen 10 000 M. beträgt mit 5 Proz., steigend bis zu 50 Proz., wenn das Mehreinkommen 200 000 M. übersteigt. Eine Kriegseinkommenssteuer, die alle Jahresverdiener bis zu 13 000 M. gänzlich freiläßt und die besonderen Nutznießer der Kriegskonjunktur allein mit dieser Steuer, abgesehen von Kriegsgewinnsteuer und staatlichen und kommunalen Abgaben, bis zur Hälfte ihres Mehreinkommens heranzieht, kann sich immerhin sehen lassen. Die Durchsetzung dieses Projekts, gegen das sich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die deutschen Einzelstaaten aus partikularistischen Gründen heftig sträubten, ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg der Sozialdemokratie.

Auch die drei Milliarden neuer indirekter Steuern kann man nicht ohne weiteres sämtlich als Belastung der breiten Massen bezeichnen. Es sind Abgaben dabei wie die Luxussteuer — 20 Proz. Zuschlag zu Juwelen und dergleichen — und die kräftig erhöhte Börsenumsatzsteuer, welche das Volk nicht unmittelbar berühren. Anders steht es natürlich mit der erhöhten Umsatzsteuer, der neuen Portoversteuerung und den umfangreichen Getränkesteuern. Die Sozialdemokratie wird für diese Steuern nicht stimmen, aber ein ernsthafter Kampf wird darum — leider — auch nicht entbrennen. Denn das stand ja bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen von vornherein fest, daß die Deutung des neuen Reichssteuerbedarfs allein durch Besitzsteuern nicht durchzuführen war. Mit dem Branntweinhandelsmonopol wird nun das erste der neuen Reichsmonopole beschlossen, dem sich später wohl noch weitere anschließen werden.

Außer Etat und Steuern harren vor allem noch zwei wertvolle Reformen ihrer Erledigung, die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und das Arbeitskammerngesetz. Den Entwurf über die Wahlkreise hat der Reichstag wesentlich verbessert. Er führt bekanntlich für die großstädtischen Wahlbezirke Verhältniswahl ein und vermehrt die Anzahl ihrer Abgeordneten. Der Reichstag hat nun durchgesetzt, daß bei fortschreitendem Bevölkerungszuwachs automatisch in diesen Bezirken eine weitere Vermehrung der Mandatszahl eintritt und auch das technische Wahlverfahren verbessert. Die Vorlage ist zur Verabschiedung bereit; ihr Zustandekommen ist gewiß, gleichviel, ob die Schlussberatung jetzt oder im Herbst erfolgt.

Hefig umstritten ist hingegen das Arbeitskammerngesetz. Die freien Gewerkschaften forderten bekanntlich grundsätzlich reine Arbeiterkammern. Da dies nicht durchzuführen war, fanden sie sich mit Arbeitskammern, paritätisch zusammengesetzt aus Arbeiter- und Unternehmervertretern unter der Bedingung ab, daß diese örtlich über das ganze Reich hin eingerichtet würden. Die Regierung aber wollte nur Fachkammern für die einzelnen Berufe zugehen. Schließlich ist ein Kompromiß zustande gekommen, das sowohl sachlichen wie örtlichen Aufbau zuläßt und neben gemeinsamen Sitzungen auch besondere Zusammenkünfte der Arbeitervertreter vorsieht. Auch die Landarbeiter sollten besondere Fachkammern erhalten, ebensoviele Eisenbahner und Seeleute.

Gegen dieses Kompromiß laufen die Unternehmer während Sturm; die ganze Industrie sei dagegen. Darauf kommt außerordentlich wenig an. Arbeitskammern sind in erster Reihe für die Arbeiter da, und so wenig diese den Unternehmern Vorschriften über Aufbau und Tätigkeit der Handlammern machen, so wenig sollten die Industriellen

darauf bestehen dürfen, beim Arbeitskammerngesetz ihren Willen durchzusetzen. Hoffentlich bleibt der Reichstag jetzt eine weitere Verschlechterung des Arbeitskammerngesetzes macht es für die Arbeitervertreter unannehmbar. Die Verabschiedung der Vorlage dürfte bis zum Herbst aufgeschoben werden, aber der Reichstag sollte noch jetzt wenigstens die erste Kommissionsberatung abschließen.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

M. B. Berlin, 1. Juli, abends. (Amtlich.)
Verteilte Kämpfe südlich des Dniepr.

Die deutsche Offensive im Westen.

Wolff meldet: Der deutsche Heeresbericht vom 1. Juli veröffentlicht die Gefangenen- und Beute-Zahlen aus den Kämpfen im Westen seit dem 21. März 1918. In der gesamten Zahl von 191 454 Gefangenen sind, wie der Heeresbericht hervorhebt, lediglich die unverwundeten Gefangenen inbegriffen. Zählt man die verwundeten Gefangenen hinzu, so steigt die Gefangenenzahl um tausend über das zweite Hunderttausend; denn bei der Zähigkeit und Erbitterung, mit der sich die Verteidiger, vor allem zu Beginn der deutschen Offensive, wehrten, waren die blutigen Verluste der Engländer und Franzosen gewaltig. Bei der verblüffenden Schnelligkeit, mit der die deutschen Sturmtruppen überall vordrangen, fiel ein großer Teil verwundeter Gefangener in deutsche Hand. Die gemeldete Beute von 2476 Geschützen und 15 034 Maschinengewehren umfaßt gleichfalls nicht die englisch-französischen Gesamtverluste. Die Geschütze und Maschinengewehre finden ja an zahlreichen Stellen dem deutschen Eroberer nicht nur völlig unerschützt in die Hände, sondern auch mit allem Zubehör, Rüstmitteln, Proben, Beipannungen und vor allem mit überreicher Munitionsausstattung. Hunderte von Geschützen, tausende von Maschinengewehren wurden so von der kämpfenden Truppe in mittelbar in Gebrauch genommen. In diesen Zahlen offenbart sich die ganze Größe des bisher erstrittenen Kampferfolgs, das ja nicht die Erreichung der geographischen Linie, sondern der Vernichtung der lebenden und toten Kriegsmittel der Entente gilt. Was an englischen und französischen Kerntruppen in den bisherigen Angriffschlächten außer Gefecht gesetzt worden ist, läßt sich durch noch so große amerikanische Massen niemals ersetzen.

Kurlands Besiedlung.

Aus Kowno wird gemeldet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg, als Chef des Generalstabs des Feldheeres, erließ, wie die Baltische-Litauische Mitteilungen erfahren, unter dem 17. Juni eine Verfügung über die Bodenfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen, die in großzügiger Weise eine Besiedlung Kurlands andahnt. Sie hebt hervor, daß, wenn die von Rußland jahrhundertlang vernachlässigten Randstaaten in den schützenden Kreis des deutschen Wirtschaftslebens treten, das ganze Volk Nutzen davon haben soll. Der Volkswohlstand besteht nicht in der kleinen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimischer und heimischer Staatsbürger, die dem Staat das liefern, was er in allererster Linie braucht, Menschen, gesund an Leib und Seele. Solch ein Geschlecht von Siedlern läßt sich nur begründen, wenn die Spekulation ferngehalten wird. Durch die zielbewusste Handhabung der vom Generalquartiermeister und vom Oberbefehlshaber Ost erlassenen Verordnungen sind die gemeinlichlichen Gefahren der Bodensteigerungen zu bannen und einer gesunden Besiedlung des Landes die Wege frei zu halten.

Die vom gleichen Tage datierte Verordnung des Generalquartiermeisters Hahnhorst über diese Landabgabe und Siedlung verpflichtet jeden kurländischen Rittergutsbesitzer, dessen Gesamtgrundbesitz eine Größe von 1000 Hektaren (gleich 360 ha) erreicht, an die Landesgesellschaft „Kurland“ als Trägerin des Ansiedlungsunternehmens ein Drittel seines Gesamtmaterials und zwar das für Zwecke der Besiedlung geeignete Land im Wege eines Kaufvertrags zu überlassen. Der Erwerbspreis für die Landesgesellschaft Kurland hat dem Friedenspreis des Jahres 1914 zu entsprechen. Die Verpflichtung ist zunächst in dem Umfang zu erfüllen, daß jedes beteiligte Gut 25 Prozent seiner Fläche an die Landesgesellschaft Kurland verkauft. Die restlichen 8% Prozent sollen nach Möglichkeit freihändig zum Friedenspreis des Jahres 1913 durch die Landesgesellschaft Kurland erworben werden. Die Verordnung gilt auch für die im Herzogtum Kurland gelegenen Fideikomnisse.

Zu diesem Vorgehen dürfte an anderer Stelle wohl noch manches zu sagen sein.

Aufgabe weiterer Errungenschaften in Italien.

Der österreichisch-ungarische Bericht meldet: Wien, 1. Juli. (Amtlich.)
An der Piave-Front keine besonderen Ereignisse.
Südlich von Udine kam es erneut zu heftigen Kämpfen. In der Col del Rosso und der Monte di Bellavilla

nur unter großen Opfern hätten behaupten lassen, wurde die Besetzung dieser Punkte in die frühere Hauptstellung am Walde von Stele zurückgenommen.

Südlich von Sanon bei Udine wiesen wir feindliche Erkundungen ab.

Unsere Land- und Seesieger unternahmen im Mündungsgebiet der Piave erfolgreiche Flüge gegen militärische Anlagen des Feindes und kehrten vollständig zurück.

Und die Italiener melden unter dem 30. Juni: Auf der Hochfläche von Udine, wo der heldenmütige Widerstand unserer Truppen am 15. 6. den Aufruf zu zahl überlegener feindlicher Massen brach, und wo italienische, französische und englische Truppen der räumlichen 6. Armee in täglichem Wettstreit an Tapferkeit im Kampfe verbrüdeten, lebte der Kampf gehern früh durch starkes Artilleriefeuer wieder auf, gestärkt und unterstützt durch Diversionsunternehmungen der Artillerie und Truppen, energisch von den Alliierten geführt. Unsere Truppen griffen den Monte di Bellavilla an und es gelang ihnen, ihn dem Feind nach hartem Kampf fortzunehmen. Tag und Nacht wurden große Massen des Feindes vergebens zu Gegenangriffen und zum Massenmarsch vorgeworfen, sie wurden aber durch unsere Infanterie zurückgedrängt und durch konzentriertes Artilleriefeuer und durch scharfe Kampffluger mit Maschinengewehren zerstört. Die eroberte Stellung wurde durch ein heftiges behauptet. Wir machten 21 Offiziere und 788 Mann der feindlichen Truppe, die zu vier verschiedenen Divisionen gehörten, zu Gefangenen. Wir eroberten außerdem Kanonen, Mörser und zahlreich Maschinengewehre. Mehr nach Osten, zwischen dem Franzosetal und Brenta naht eine unserer Abteilungen den hohen Berggipfel und den feindlichen Beobachtungspositionen auf den Spähthängen des Sasso Rosso im Sturm und machte dabei 2 Offiziere und 31 Mann zu Gefangenen. Auf dem übrigen Teil der Front führte unsere Artillerie wirksames Schützfeuer und Panzraufklärungsarbeiten bei Capo Sile aus. Sie brachten uns Gefangene ein.

Die Lage in Rußland.

Das Moskauer Blatt „Nascha Slovo“ schreibt: Die Entente hat sich entschlossen, in Rußland einzugreifen, weil es die deutsche Forderung auf Auslieferung der Schwer- und Leichtartillerie angenommen hat. Es befürchtet der Entente in Sibirien, an der Turkmanküste und bei Petropawlsk bei zu gewärtigen. Die Sowjet-Regierung werde in diesem Falle Deutschland um Hilfe bitten.

Nach in Petersburg eingetroffenen Nachrichten haben sich die Truppen der Weißen Garden an der Uralfront konzentriert und die Offensive gegen die Tscheko-Slowaken aufgenommen. In einem Geleht bei der Stadt Nigulin sind sie Anhänger der Gegenrevolution angeklagt worden. Im westlichen Ural sind die tschecho-slowakischen Truppen, nachdem sie schwere Verluste erlitten haben, gezwungen worden, in die Berge zu flüchten.



Das „Welt Journal“ meldet aus London: Die Alliierten einigen sich, die in Sibirien kämpfenden Tschechen und Slowaken als kriegsführende Macht anzuerkennen.

Japanische Truppen sind nach einer Berliner Meldung unter dem Befehl von General Kawo in Wladiwostok gelandet, um die Tschecho-Slowaken und die ukrainische Bewegung gegen die Bolschewiki zu unterstützen. Großfürst Michael Alexandrowitsch wurde zum Zaren ausgerufen. Er marschiert mit Tschechen und Kosaken gegen Moskau.

Vom Moskau ist er aber noch sehr weit entfernt.

Sei lewet noch!

Die Berliner Fernmeldung der russischen Regierung hat die amtliche Nachricht erhalten, daß die Verurteilung der Ermordung des Czaren jeder Begründung entbehren.

Die Schwarze-See-Flotte.

Der Volkskommissar des Auswärtigen in Moskau teilt der Presse mit, daß ein Teil der Schwarzen-See-

Flotte nach Sewastopol zurückgekehrt sei. Die Regierung habe dieser Rückkehr zugestimmt unter der Bedingung, daß Deutschland und seine Bundesgenossen während des Krieges von diesen Schiffen keinen Gebrauch machen und sie nach Friedensschluß sofort an Rußland zurückgeben.

In der Ukraine

herrscht große Unzufriedenheit mit dem jetzt herrschenden Kabinett des Hetmans. In einer dem letzteren überreichten Denkschrift des alt-ukrainischen Semstwo-Kongresses heißt es, daß die Politik des jetzigen Kabinetts Unzufriedenheit und Unruhe in der Lande hervorruft und daß daher ein neues nationales Kabinett gebildet werden müsse, das bald eine konstituierende Versammlung und einen Staatsrat, der noch vor der Versammlung in Tätigkeit treten solle, einlegen müsse.

Was sagt die deutsche Regierung, die doch die Herrschaft des Hetmans protegiert, hierzu?

Neutrale Friedensvermittlung?

Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ schreibt: Da von beiden Seiten in Laufe von nur wenig Tagen Erkärungen erfolgt sind, daß Schritte, die zu einem Frieden führen könnten, nicht unbeantwortet bleiben würden, aber beide Teile sich weigerten, den ersten Schritt zu tun, so drängt sich die Frage mehr und mehr auf, ob nicht eine der neutralen Regierungen sich mit gutem Erfolg ihre Vermittlung anbieten könnte. Jede neutrale Regierung hat sehr großes Interesse daran, daß der Frieden in Gang kommt, und sowohl nach Berliner wie Londoner Stimmen zu urteilen, wird ein solches Angebot nicht als eine ungebührliche Einmischung oder unfreundliche Handlung aufgefaßt werden.

Eine Rede Poincares.

Nach einer Havasmeldung hat in Paris Sonntag vormittag im Beisein des Präsidenten Poincaré die Uebereinkunft einer Fehne an die tschechisch-Russische Armee stattgefunden. Poincaré hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er den Wunsch aussprach, daß die junge tschechisch-Russische Armee bald durch die heldenhaften tschechischen Legionen, die sich durch Sibirien einen Weg bahnten, verstärkt werden möge. Poincaré schloß: „Nicht weit von hier wartet auch die alte französische Provinz, die uns entrissen worden ist, auf den Sieg ihrer Truppe. Der Tag, der über einem befreiten Elsaß-Lothringen aufgeht, wird alle Märtyrernationen mit neuem Lichte bestrahlen. Bald werden sie den ersten Schimmer dieser Morgenröte am Horizont erblicken.“ Das ist schon gesagt, aber sehr schwer durchgeführt!

Anhänger des Burgfriedens in England.

Die „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Der äußerste rechte Flügel der englischen Gewerkschaften protestierte in einer Versammlung am Sonnabend gegen die Aufhebung des Burgfriedens durch den Arbeiterkongress und gegen die Haltung von Männern wie Henderson. Die Teilnehmer an der Versammlung haben eine neue Partei gegründet, die nur wirkliche Gewerkschaftsmitglieder im Gegensatz zu den politischen Mitgliedern der Arbeiterpartei angehören sollen.

Wilson's Bedingungen.

Londoner Blätter bringen Berichte aus Washington, nach denen Wilson sich mit der Ablehnung einer sozialistischen Abordnung nach Europa einverstanden erklärt, die der Fortsetzung des Krieges günstig gestimmt ist, wenn sie sich verpflichtet, sich der Teilnahme deutsch und österreichischer Sozialisten an dem in Bern stattfindenden Sozialistenkongress zu widersetzen.

Sollte es wirklich „Sozialisten“ in Amerika geben, die sich solchen für sie schmachvollen Bedingungen fügen?

Die amerikanischen Truppen.

Bei der Erörterung des provisorischen Budgets in der französischen Kammer am vergangenen Donnerstag legte der Finanzminister Klotz dar, daß infolge des immer ausgedehnteren Eintreffens von amerika-



nischen Truppen in Frankreich der von der Regierung bei der Bank von Frankreich angeforderte Kredit erhöht werden müsse.

Nach einem amtlichen Washingtoner Havasbericht ist das erste amerikanische Hilfskontingent in Italien angekommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 2. Juli. (Amlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 17 000 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelsschifftraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Albdeutsche Kreditverweigerung?

Die konservativ-albdeutschen Kreise bezeichnen die Unabhängige Sozialdemokratie als waterlandlos, weil sie die Kriegskredite ablehnt. Nun scheinen sie selbst an diesem Mittel, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, Gefallen zu finden. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ beklagt die Behandlung deutscher Gelehrten im feindlichen Ausland. Das ist eine Frage, bei der alle Parteienunterschiede aufhören. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links. Der Sozialdemokrat fordert genau so wie der Liberal und wie der Konservative Maßregeln, die eine milde Behandlung unserer in Feindeshand gefallenen Soldaten sichern. Man kann verschiedener Ansicht sein, ob von unseren Staatsmännern wirklich alles gethan ist, was zur Erfüllung dieser Wünsche führen könnte. Aber die „Deutsche Zeitung“ glaubt folgenden Trumpf ausspielen zu sollen:

„Sollte das Volk dazu Stundal schlagen, sollte es sich vornehmen, dieser Regierung keinen Pfennig mehr? Ja, in der Tat, es ist die allerhöchste Zeit, daß etwas geschieht, ehe noch mehr der besten und treuesten im Lande dazu kommen, zu sagen: es müßte noch viel schlimmer kommen, damit endlich einmal wirkliche Abhilfe geschaffen wird.“

Die „Deutsche Zeitung“ fordert dann die berufenen Führer des Volkes auf, endlich auf die Stimmen der Albdeutschen zu hören. Sie meint, geschehe das nicht, so „dürften unberufene Führer die Regungen der deutschen Herzen auf gefährliche Abwege führen.“ Die Albdeutschen haben diese Drohung ja schon längst wahr gemacht. Anders wäre der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg wohl nicht gestürzt worden, um nur dies ein Beispiel zu nennen. Jetzt scheinen sie auch das Mittel der Kreditverweigerung im Kampfe wider die Staatsmänner und die Regierung, die ihnen nicht zu willigen ist, in Betracht zu ziehen.

Nicht Städtekampf sondern Klassenkampf.

Um ihrem Kampf für die Freiheit der Spekulation noch ein wirksameres Schlagwort zu gewinnen, haben die kapitalistischen Interessenten ihn auf den Gegensatz von Hamburg und Frankfurt am Main gegen Berlin gebracht. Berlin ist bekanntlich nicht bestrebt, und so findet die Formel: Los von der Berliner Zentralwirtschaft! leicht ein williges Gehör im Lande. Demgegenüber ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen Hamburg und Berlin, sondern bei dem Ringen um Erhaltung oder Abbau der Staatswirtschaft um ein Stück Klassenkampf handelt.

8. Kapitel.

Wetterleuchten.

Der Sommer verträumt und der Herbst hatte drohen auf den Bergen schon deutlich genug die weißen Vorboten des Winter mehr und mehr talwärts vorrücken lassen, aber noch immer verzögerte sich Ruodis Heimkehr. Mit dem Wechsel der Jahreszeit wurde Kossis Schanz nach dem Abwachen wieder quälender, als sie sommerlang gewesen. Denn während der guten Zeit hatten doch allerhand Leihgärtungen im freien willkommene Ableitung und Zerstreuung geboten. Es gehörte ein kleines „Feldgärtchen“ zum Koss, und wenn auch der Sommer über zwei von den drei Ähren, die den Viehstand ausmachten, mit der Herde aus der Wäld auf die Alpen gingen, so gab es doch in Haus und Feld für eine so arbeitsame Hausfrau, wie Koss war, genug zu schaffen. So oft sie abends mit ihrer Kugel, dem Marell, einer stillen und anhänglichen Person, ermüdet heimkam, sagte sie immer: „Gottlob! schon wieder ein Tag weniger!“ und es braucht nicht erklärt zu werden, was sie damit meinte. Die Wirtshäuserin, obgleich die Mühseligkeit und Tätigkeit liebt, sagte zuweilen: „Los! Koss, du brauchst dir's gang nit so lauer z' machen. Hat's ja nit nötig.“ Aber die Tochter war gleich mit der Entgegnung bei der Hand: „Arbeiten tat' ihr noch und sie hielt was davon, daß ihr Ruodi, wenn er heimkam, Haus und Herde in bester Ordnung vorfand.“

Ruodi kramte fleißig, recht fleißig — bis in den Herbst hinein. Er war wohlthun und es ging ihm nach Wäld. Seine Briefe waren anfangs der letzten Post für Koss: es war darin ganz der herliche Ton, die ungezwungene Wärme und unerschütterliche Zärtlichkeit, wie er stets zu seiner Frau gesprochen hatte. Trauf es sich, daß der Postbote so einen Brief an einem Sonntagabend brachte, so gab es immer eine Sonntagstunde in der Wäld. Denn Koss ahnte, daß nach dem vermittlungsreichen Ringen im wäldlichen Hauke zu Mittag, und nach dem Essen las sie im Oberstübchen den stengelangen Brief der Mutter und Schwester vor. Im Oktober 1911.

Das geht mit aller Deutlichkeit aus einem Aufsatze hervor, den August Winnig-Hamburg im neuesten Heft der „Globe“ über den Hamburger Reichstagsbesuch schreibt. Er stellt fest, daß niemals eine lärmend aufgestellte Forderung so dürrig, ja oberflächlich begründet worden ist, wie die der Hamburger Kaufmannschaft und der bürgerlichen Gruppen des Hamburger Parlaments, daß mit Kriegsende jede Kontrolle des Ueberseehandels aufhören müsse. Im Gesamtinteresse des deutschen Volkes und besonders im Interesse der Arbeiterklasse müsse daran festgehalten werden, daß der Staat die Einfuhr der einzelnen Warenzattungen nach dem veränderlichen Grad ihrer Dringlichkeit regelt. Sonst sei jeder Versuch zur Besserung der deutschen Valuta von vornherein aussichtslos und gar keine Sicherheit dagegen geboten, daß wir nicht nach dem Krieg alsbald in Kasak und Amadmandel erstickten, aber keine Baumwolle haben, um den Textilarbeitern Beschäftigung und den Heimkehrenden Arbeitsmittel zu geben. Winnig schließt mit folgendem Warruf:

„Das Handels- und Reserverkapital arbeitet heute mit Hochdruck. Es hat nun auch den Reichstag mit einer Einladung beehrt und es bei dieser Gelegenheit nicht so Beaufsichtigung versuchen lassen. Wenn man der Kaufmannspresse glauben müßte, so wären diese Verträge nicht so ganz erfolglos gewesen. Das wäre geradezu verhängnisvoll, denn es handelt sich hier um einen ganz dreisten und durchsichtigen Vorstoß einer Interessengruppe, die in einer für die wirtschaftliche Erneuerung ungeheuer wichtigen Frage ihre Sonderinteressen in den Vordergrund schieben will. Von der sozialdemokratischen Fraktion dürfen wir erwarten, daß sie sich diesen Verträgen gegenüber immun erweisen wird.“

Es ist erfrucht, daß diese Stimme gerade aus Hamburg kommt und damit beweist, daß die Hamburger Arbeiter weit davon entfernt sind, sich von ihren Kapitalisten ins Schlepp zu nehmen zu lassen. Umso sicherer wird die ganze übrige deutsche Arbeiterklasse vor dieser Gefahr sein.

Ein Ehrentag des Holzarbeiterverbandes.

Die sieben erschiene letzte Juni-Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist der Feier eines doppelten Ehrentages gewidmet: 50 Jahre sind verflossen, seitdem die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation der deutschen Holzarbeiter ins Leben trat, und am 1. Juli 1893, also vor 25 Jahren wurde der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet. 1868, noch vor der Aufhebung der Koalitionsverbote, welche bekanntlich erst am 1. Oktober 1869 außer Kraft traten, wurde auf Veranlassung der Kasseler im Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress die Gewerkschaft der Holzarbeiter von Theodor York gegründet. Mit ihrem Leiter ging die Organisation bald aus dem Lager der Kasseler in das der Eisenacher über. Festige langwierige Kämpfe führte sie mit der Gegenorganisation der anderen Richtung, dem Allgemeinen Tischlerverein, und der Streit überdauerte sogar die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Erst im Jahre 1877 fand man sich zum Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen zusammen — wenige Wochen später zerfiel das Ausnahmegesetz alle Anfänge der Organisation. Erst allmählich fanden sich die durch seinen Terror anfangs völlig zerstreuten Arbeiter wieder zusammen. Auch zahlreiche kleinere Organisationen der Holzarbeiter entstanden, und trotz aller geschlichen Schwierigkeiten fanden sich auch die Fachvereine bald wieder zu Zentralverbänden zusammen, von denen der größte und wichtigste der Deutsche Tischlerverband war, der 1893 gegründet ist. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes setzten die Beschränkungen auf Schatzung umfassender Industrieverbände an Stelle der Branchenorganisation lebhaft ein, und die Holzarbeiter waren mit die ersten, die auf dem Kasseler Holzarbeiterkongress vom April 1893 einen Industrieverband aller Holzarbeiter gründeten, denen sich sofort die Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürtenmacher anschlossen; im Laufe der Jahre hat sich eine ganze Reihe weiterer Berufsverbände mit dem Holzarbeiterverband verschmolzen, doch arbeitet dieser auch mit Berufsverbänden, die sich ihm aus irgendeinem Grunde nicht anschließen wollten, freundschaftlich zusammen. Im Holzarbeiterverband selbst werden die besonderen Brancheninteressen durch eigene Sektionen, Konferenzen und Zentralkommissionen wahrgenommen.

Auffstieg und Leistungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind allgemein bekannt. Er hat gegenwärtig in der Heimat über 110 000 Mitglieder, davon 20 000 weibliche und jugendliche, ein Verbandsvermögen von 8 Millionen, einen Jahresetat von 4 1/2 Millionen und kann auf eine reiche Leistung für die Verbesserung der Lebenslage der Holzarbeiter durch Kampf und Unterstellungen zurückblicken. Weit über 100 000 seiner Mitglieder stehen im Felde. Ueber die Bedeutung einer Organisation, aus der für die deutsche Arbeiterklasse Führer wie Legien, Robert Schmidt, Wilhelm Reil, Theodor Leipart usw. hervorgegangen sind, für die Gesamtarbeiterbewegung bedarf es keiner weiteren Worte. Die ganze deutsche Arbeiterschaft nimmt an den Ehrentagen des Holzarbeiterverbandes Anteil und wünscht ihm weiteres Wachstum, Blühen und Gedeihen.

Kosi zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

18. Fortsetzung.

„Was hast, Kossi?“ fragte der inzwischen erwachte Ruodi von dem ehelichen Lager her.

„Oh, Ruodi, Lieb's Mann, geh heut nicht! Weigt, 's bringt keinen Segen, bei Regenwetter auszureisen.“

„Et, du Marell, du müstest ja die Zeit's Reizen abschgrad ganz bleiben lassen, entgegnete Kossi, aus dem Bette springend.

„Aber kommst du die Abreit' nicht verziehen, wenn auch nur auf morgen?“ s' Mutter konnt' sich derweil ändern.“

„Nein, Kossi, das geht nicht. Was wüld' der Herr Baron, der s' Bern auf mich und die zwei andern wartet, denken? Ich muß allweg fort.“

„Bei solchem Wetter?“

„Freilich, 's ist widerwärtig, ja. Aber weigt, auf Regen folgt Sonnenschein. Ich darf mich nit laumen und muß tüchtig ausfahren, wenn ich s' Mittag's Dampfhitze s' Brienz nit verfehlen soll.“

Koss machte Licht, aber sie vermochte einen schmerzlichen Seufzer, der ihr die Brust hob, nicht zu unterdrücken. Er erwiderte ihrem Ratne nicht.

„Komm, komm, Kossi,“ sagte er, „du müst dir die Sach' nit schwerer machen als si' ist. Denk, Schätzli, wieviel Wärme müstest zeitweilig von ihren Bräusen fort! Bist doch gang lönk' ne rechte Schweigerin, hast ein hübsch's Gemüt. Muß ich denn in den Krieg oder in sonstige G'sahr? Demahre! 's ist ja keine nur 'ne einjährige G'schickerei. Drum mach dir und mir 's Herz nit schwer! Oweg, ich tren' mich schon recht unabhängig auf den Tag, wo ich wieder heimkomme, zu mein'n liebe gute Kossi.“

So tröstete er sie und Koss bemühte sich eine Fassung zu zeigen, die sie nicht besaß. Sie konnte ein rätselhaftes Bangen, daß diese Reize für Ruodi und sie selber zum Unfall ausschlagen würde, nicht loswerden. Aber sie wollte dem zarten Manne das Herz nicht schwer machen und gab sich deshalb, als sie mitkommen mußten, alle Mühe, ruhig zu erscheinen. Sie verstauchte sogar über die jählichen Sorgen zu lächeln, womit er sich und sie über den Ernst der Stunde zu täuschen liebte.

Als er zum Aufbruch bereit war, ließ sie es sich nicht nehmen, ihm bis zum Ausgange des Tales das Geleit zu geben. So gingen sie Hand in Hand durch das Regengetöse der Morgen-Regenzeit hin.

Da, wo der Fels durch eine enge Felsschlucht hindrang, in ein breches Talgicht hinabfiel, daß er sie, umzukehren, und so ging es aus Schanden.

Mit dem der ihm nachschauen rückwärts gemachten Augen blickte er nach der Frau hinunter. Da rief sie laut seinen Namen, eile ihm nach und umflangerte ihn mit dem Arme. Sie

Ruodi zum erstenmal eine kürzere Epistel als bisher, und er sagte darin, seine Arbeit würde noch bis zum Neujahr, ja vielleicht bis zum Hornung oder März währen, denn der Herr Baron, der ihn übrigens sehr freundlich behandle, wisse immer wieder diese oder jene Erweiterung des ursprünglichen Planes in Vorschlag zu bringen. Das war freilich ein leidiger Umstand. Koss hätte an den Jüngern ab, wieviel Monate, Wochen, Tage es noch währen könnte, bis sie ihren Mann wiedersehen sollte. Es war noch lange, lange. Aber noch viel Leidiger war es doch, daß die arme Frau zu fühlen glaubte, es handele sie etwas — sie wußte nicht was — aus dem Briefe kühl an. Mit unfähiger Spannung sah sie dem nächsten Briefe entgegen. Es dauerte zwei volle Wochen länger als gewöhnlich, bis er eintraf. „Oh, gottlob! er ist noch nicht krank!“ sagte Koss schwer aufatmend, als sie das Schreiben überflogen hatte. Dann las sie es genauer und las es zum dritten und viertenmal. Sie fuhr sich mit der Hand über das Gesicht, wie um etwas abzuschleifen oder abzuwehren. War der kühlte Hauch wieder da? Balleist fürder, anrühelnder sogar? Was ich mir nur wunderlich einbildet dachte sie. Da steht es ja: My Lieb's Koss — und da wieder und noch einmal!

Und doch — was war das nur? — fühlte sie dunkel, daß etwas, vieles, alles an und in diesem Briefe, wie schon im vorhergehenden, nicht war, wie es eigentlich sein sollte. Sie konnte sich mit dem besten Willen dieses Gefühls nicht erwehren und doch auch nicht wieder darüber ins Klare kommen. Hätte sie das gekonnt, würde sie vielleicht erkannt haben, daß zwischen den Zeilen Ruodis ein Verschweigen zu lesen war, ein Verschweigen von bedrohlichem oder gar von schon eingetroffenem Unglück. Aber der Ruodi schien ja ganz heiter zu sein. Freilich auch in einer gewissen Unruhe und Hast. Der Brief sprach so unklar, fast pappeig von einem zum andern. Da eine abgedrohte Beschreibung von einer großen Militärparade, dort die nur zur Hälfte vollendete Schilderung einer Vorstellung im Opernhause, in der von einem „gesungenen“ und „getanzten“ Teil die Rede war. Koss wußte nichts von Kossin, sie hatte überhaupt von einer Oper keine Vorstellung und sagte sich nein, das müßten „apartige“ Leute sein, da draußen im Dörfchen, die den Wilhelm Tell so auf dem Theater singen und herumspringen ließen. Es waren in dem Briefe noch andere Vorgänge aus dem Leben einer großen Residenzstadt beschrieben oder vielmehr angedeutet, die sich die junge Frau nicht zurechtlegen konnte. Sowie aber entnahm sie daraus, daß ihr Mann neulich mehr in der Stadt verkehren müßte als draußen in der schwarzbirgigen Schweiz, die er ihr in seinen früheren Briefen so greifbar anschaulich und mit soviel Humor gezeichnet hatte, daß sie und das Brienz oft mitkommen über das „Schneehorn“ und die „Jungfrau“ und den „Brienzersee“ in der schwarzbirgigen Landschaft hatten, während die Wirtshäuserin über die schwarzbirgigen Berggänger das Konfession abgab: „Große Herre dürtet gang jo beggänglich sein, als es ihnen a'fällt.“

Ernährungsfragen.

Was man sich merken muß!

Der Verband der Deutschen Kaufmännischen Genossenschaften hat sich auf seinem 10. Verbandstage natürlich auch mit dem freien Handel beschäftigt. Nach Ansicht des Großkaufmannes Sommer-Frankfurt a. M., der über „die Mängel der Kriegswirtschaft und die Erfolge des freien Handels“ sprach, sind die beiden Einwendungen gegen den freien Handel, nämlich das Steigen der Preise und die Bevorzugung der reichen Leute vor den armen unrichtig, denn: „Könnten die Landwirte ihre ganze Ernte zu angemessenen Preisen absetzen, so würde sich von selbst ein Preis ergeben, der das Verhältnis von Höchstpreis zu Schlechthandelspreis richtigstellen würde. Vermutlich würde sich ein Preis ergeben, der etwa 100 Prozent über dem Höchstpreis liegen würde.“ Und außerdem können die reichen Leute nicht alles essen, denn die Mengen sind zu groß und die Zahl der reichen Leute zu klein.

Man darf wohl Herrn Sommer daran erinnern, daß für sehr viele Nahrungsmittel die Höchstpreise bereits das Vielfache der Friedenspreise betragen. So hatten wir im September 1917 schon eine Preiserhöhung, die im Durchschnitt bei Eiern 304 Prozent, Butter 110 Proz., Milch 79 Proz., Kartoffeln 247 Proz., bei Gemüse zwischen 150 und 900 Proz. betrug. Seit September 1917 ist aber für fast alle Nahrungsmittel eine beträchtliche weitere Preissteigerung eingetreten. Werden nun diese Höchstpreise noch verdoppelt, so bedeutet das für sehr zahlreiche Familien einfach die Unmöglichkeit, auch nur den notwendigsten Lebensbedarf zu kaufen. Der Geldwert, dessen Sinken man gegenüber den Produzenten so bereitwillig berücksichtigt, würde abermals auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei haben die Steuererhöhungen z. B. der Arbeiter und Beamten schon längst nicht mehr Schritt gehalten mit der Verteuerung des Lebensunterhaltes, eine abermalige Verdoppelung der Kosten würde für sehr viele gleichbedeutend mit dem Ruine sein.

Doch man kann Herrn Sommer für dies Eingeständnis, daß es dem Handel und den Erzeugern um die glatte Verdoppelung der Preise geht, dankbar sein, denn schließlich werden nun noch die Verbraucher, die jetzt gelegentlich dazu neigen, das Höchstpreisystem für den Mangel an Ware verantwortlich zu machen, und deshalb die Forderung unterfüttern: weg mit der Zwangswirtschaft! für eine solche Verharmlosung ihrer Lage eintreten. Die Ausführungen des Herrn Sommer zeigen aber auch, daß die Herren von der Landwirtschaft und dem Handel ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, ohne auch nur im geringsten nach den Folgen für die Allgemeinheit zu fragen, rücksichtslos ihre Interessen vertreten.

Große Getreidehochung.

Unser Mainzer Parteiblatt berichtet aus Wallertheim: Die Untersuchung gegen den zurzeit im Mainzer Provinzialratshaus inhaftierten Inhaber einer hiesigen Großmühle hat so gravierendes Beweismaterial ergeben, daß der Untersuchungsrichter das Ersuchen, den Angeklagten gegen Stellung eines hohen Kautionsbetrages vorläufig auf freien Fuß zu setzen, abgelehnt hat. Es handelt sich um eine ausgedehnte Schleichhandelsaffäre, in die auch die Firma Krupp in Essen verwickelt sein soll, welche von der Wallertheimer Mühle zu Bucherpreisen einen Waggon (300 Zentner) feinstes Weizenmehl bezogen haben soll. Ob sich das in Rheinhesien verbreitete Gerücht bewahrheitet, es sei von dem verhafteten Mühlenbesitzer auf Schleichwegen und durch falsche Deklaration auch Weizenmehl über Holland nach England geschmuggelt worden, bedarf im Interesse der Beruhigung des Publikums dringend der Aufklärung.

Während das arme Volk den Hungerriemen immer enger schnallen muß, wird von diesen „Patrioten“ Mehl in großen Massen verschoben. Wenn wirklich von Landesverrat gesprochen werden kann, dann in diesen Fällen.

Der amtliche Kriegsbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 2. Juli 1918. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An vielen Stellen der Front leisteten starke Feuerüberfälle Unternehmungen des Feindes ein. Sie wurden abgewiesen.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich der Düse und südlich der Visne rege Erkundungstätigkeit. Stärkere Teilangriffe des Feindes südlich des Durcq und westlich von Chateau-Thierry wurden in unserem Kampfgebiet zum Scheitern gebracht.

Leutnant Udet errang seinen 37. und 38., Lt. Koll seinen 28. und 29. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Viele unserer Mitbürger haben wohl bisher kaum den Begriff Kurrende gekannt. Im Lexikon wird darüber gesagt, daß man darunter Sängerkörpere versteht, die aus armen Schulknaben gebildet waren und unter Leitung eines älteren Schülers (des Präzepten) gegen Geldgaben auf den Straßen, vor den Häusern, bei Begräbnissen usw. geistliche Lieder sangen. Die Kurrenden oder Kurrendeschüler trugen kleine schwarze Kadmäntel und flache Zylinderhüte und haben sich in Thüringen und Sachsen bis auf dieses Jahrhundert erhalten.

Es liegt uns im allgemeinen durchaus fern, kirchliche Einrichtungen zum Gegenstand von Betrachtungen zu machen. Die meisten stammen aus einer längst vergangenen Zeit und tragen deren Merkmale an sich. Wenn Teile davon abbrockeln, so ist sicher, daß sie längst reif für den Verfall waren. Hier will man nun Ueberlebtes und deshalb Vereintigtes zu neuem Dasein erwecken. Ein vergeblicher Versuch, auch wenn auf die alte Tracht verzichtet werden sollte! Die Kurrende ist ihrem Zweck nach eine besondere Art von Straßenbettel. Wenn ein Hungeriger sich ein Stück Brot erbittet, so wird er nach dem Gesetz dafür bestraft. Wie kann man da Kinder zu solchen systematischen Witzgängen anhalten wollen, die für den Feinfühlernden im Grunde immer etwas Beschämendes haben. Arme Schulknaben waren es, die im Mittelalter die Kurrende bildeten und es ist nicht anzunehmen, daß sich in unserer Zeit die Kinder der besitzenden Familien als derartige Hof- und Straßensänger betätigen werden. Wozu dies sich zu gut dünken, dafür sollte man auch jene nicht benutzen oder benutzen wollen. Es ist für die Kinder doch weit besser, die Stunden, die sie als Kurrenden verbrachten, zum Lernen oder zur Erholung zu verwenden.

Himmelsercheinungen im Juli. Die Sonne hat Erde Juni ihren höchsten Stand erreicht und wandert in ihrem scheinbaren Lauf wieder südwärts. Langsam nimmt die Tageslänge ab und ist am Ende des Monats um mehr als eine Stunde kleiner als zu Anfang. Die Hauptphasen des Mondes finden statt: Neumond am 8., erstes Viertel am 16., Vollmond am 23., letztes Viertel am 1. und 30. Juli. — Von den Planeten sind Merkur und Saturn unsichtbar. Venus ist als Morgenstern im Nordosten zu finden. Mars steht im Sternbilde der Jungfrau und geht erst nach Mitternacht unter. Jupiter tritt Mitte des Monats aus den Sonnenstrahlen hervor und ist morgens kurz vor Sonnenaufgang tief im Nordosten zu sehen. Zur Auffindung der Fixsterne mögen folgende Angaben dienen, die zu Anfang des Monats für 12 Uhr, zu Ende des Monats für 10 Uhr abends gelten. Fast im Zenit steht die Leier mit Vega, östlich davon der Schwan, südöstlich der Adler. An die Leier schließen sich südwestlich Herkules, Ophiuchus und Skorpion mit dem roten Antares an. Westlich von Herkules erblicken wir die Krone, den Bootes mit Arktur und die Jungfrau. Im Osten ist das große Viereck, das die Konstellationen Pegasus und Andromeda bilden, bereits aufgegangen. Mehr nach Norden steht das W der Kassiopeja, darunter der Perseus, ganz tief am Nordhorizont Kapella im Fuhrmann. Im Nordwesten schließlich erblicken wir den großen Bären und die Jagdhunde; östlich davon den kleinen Bären mit dem Polarstern.

Bekanntmachung betreffend Bekandserhebung von Wismut, in Kraft getreten, durch welche eine Meldepflicht für Wismut als Wismutmetall, mit einem Reingewicht von mindestens 90 vom Hundert des Gewichtes, für Wismut in Wismutlegierungen und für Wismut in Salzen und sonstigen chemischen Verbindungen mit einem Wismutgehalt von mindestens 10 vom Hundert des Gesamtgewichtes, angeordnet ist. Die Meldungen sind nach den vorhandenen Vorräten vom 2. Juli bis zum 12. Juli an das Sanitäts-Departement (Medizinisch-Abteilung) des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin zu ermitteln. Ausgenommen von der Meldepflicht sind Bestände an Wismut als Wismutmetall bis zu 1 Kgr., an Wismut in Wismutlegierungen und in Salzen oder sonstigen chemischen Verbindungen bis zu 5 Kgr. Die näheren Bestimmungen der Bekanntmachung ergeben sich aus ihrem Wortlaut, der bei den Polizeibehörden einzusehen ist.

Verordnung für bestimmte Gemüse- und Obstsorten. Durch die Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 5. April und 24. Juni d. J. wird mit Wirkung vom 1. Juli ab der Versand von sogenannten Kontrollgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Mören, Mören und Karotten) sowie von Kontrollobst (Apfel, Kirschen und sonstigen gemäß besonderer Anordnung als Kontrollobst zu behandelnden Obstsorten) mit der Eisenbahn oder mit dem Kahn von der Genehmigung des für den Versandort zuständigen Kommunalverbandes abhängig gemacht. Die Genehmigung darf nur in besonders bestimmten Fällen mit Rücksicht auf das Gemeinwohl verweigert werden. Die Bestimmungen bezwecken lediglich, eine Verkehrskontrolle für die betreffenden Gemüse- und Obstsorten zu beschaffen, um Anhaltspunkte über ihren Verbleib zu gewinnen und damit weiter dem Schleichhandel entgegenzuwirken und die Beschädigung der Märkte und der Verkaufsstellen des regulären Handels zu fördern. Es wird Sorge dafür getragen, daß die Kontrolle weder zu Ausfuhrverboten oder -behinderungen führt, noch den ordentlichen Handel und Verkehr behindert. Der Postversand wird von den Vorschriften nicht betroffen.

Gefährlicher Salzerg. An Stelle von Kochsalz oder Chloratrium hat man neuerdings versucht, Chloratrium als „la. Kalifein-Speisesalz“ für den menschlichen Genuß in den Verkehr zu bringen. In mäßigen Mengen gewossen sind zwar dem Chloratrium keine unmittelbare gesundheitsschädliche Wirkungen zuzuschreiben. Bei größeren Mengen ist aber nicht mehr sicher, ob sie schaden. Das Kochsalz läßt sich auch in der Ernährung des Menschen durch Chloratrium nicht ersetzen. Das Kochsalz ist nicht bloß eine entbehrliche und erkennbare Würze. Es bildet einen Bestandteil der Nahrung, ohne den das Bestehen und die Tätigkeit des menschlichen Körpers sich nicht aufrechterhalten läßt. Bei einer Verdrängung des Kochsalzes durch Chloratrium wären schwere Gesundheitsschädigungen zu befürchten.

Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschloß in ihrer am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung die Erhöhung ihres Grundkapitals von 4,3 Millionen auf 7,8 Millionen, also um 3 1/2 Millionen Mark. Diese Kapitalerhöhung erfolgt, um die Mittel für die Verlegung und Re-

ganisierung des alten sowie Einrichtung des neuen Fabrikbetriebes vornehmen zu können. Die Dreifach-Gesellschaft in Berlin übernimmt die neuen Aktien zum Kurs von mindestens 130 Prozent.

Ludendorff-Spende. Die im Gebiete der freien und Gemeindefreien Eisenbahn-Gesellschaft überwiegen eine Spende von 200 Mk. Die Genossenschaft der Bafens-Jücker spendete 200 Mk. Ferner erhielt der Ausschuss von dem am Handel mit Geflügel beteiligten Firmen den Ertrag einer Sammlung mit 455 Mk.

Die Volkstliche verabschiedete im Monat Juni 31 381 Portionen. An 30 Tagen wurde gekocht; pro Tag 1046 Portionen. Weiter wurden ausgegeben 4811 große Tassen Kaffee a 10 Pfg., 35 094 Portionen Abendessen und 1935 Kinderportionen.

Stadthallen-Theater. Vielfachen Wünschen entsprechend hat die Direktion Hauptmanns „E n i a m e n s c h e n“ zu Dienstag, 2. Juli, noch einmal auf den Spielplan gesetzt. Die Direktion macht aber bekannt, daß eine weitere Wiederholung nicht möglich ist.

Wegen Betrugese festgenommen wurde der Händler Wilhelm Bartels, geb. am 16.6. 1864 in Moisklag, jetzt wohnhaft in Rensefeld. Genannter hatte es verstanden, sich durch eine kleine Einzahlung bei einer hiesigen Bank in den Besitz eines Scheckbuches zu setzen. Bartels schloß nun große Geschäfte ab und wies Zahlungen mittels Schecks an, die aber nie zur Auszahlung kommen konnten, weil keine Deckung dafür vorhanden war.

ph. Seinen Kollegen befohlen. Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der einem anderen mit auf dem Dampfer bediensteten Matrosen mehrere Kleidungsstücke gestohlen hatte.

ph. Fleisch entwendet. Festgenommen wurden drei Arbeiter einer hiesigen Milchwirtschaft, die größere Mengen Fleisch gestohlen hatten.

ph. Wieder ergriffen. Festgenommen wurden ferner ein Zimmerer und ein Schiffsjunge wegen Entlaufens aus dem Schiffsdienst sowie ein Zwangsarbeiter, der aus der Erziehungsanstalt Hofsteden b. Mandersb. geflüchtet war.

ph. Wer kennt ihn? In der Nähe von Campow i. Mecklbg. wurde am 30. v. Mts. ein anscheinend geisteskranker Mann im Alter von ungefähr 60 bis 62 Jahren angehalten und in Schutz genommen. Der Festgenommene gibt über seine Person keinerlei Auskunft. Er trägt grau kariertes Jackett und eine blaue Kaje. Personen, die sachdienliche Angaben über die Persönlichkeit des Festgenommenen machen können, werden ersucht, sich in der Kriminalpolizei, Schlüsselbuden 16, oder beim Amtsgericht in Schönberg zu melden.

Stadteil Travemünde. Das neue Empfangsgebäude auf dem Stadtbahnhofe in Travemünde wird am Mittwoch, dem 3. Juli d. Js., in Betrieb genommen werden. Fahrkartenausgabe, Gepäck- und Güterabfertigung finden vom genannten Tage mittags ab im neuen Empfangsgebäude statt.

Rendsburg. Ein Raub der Flammen wurde das Gewölbe des Landmanns Hornholdt in Bovenau. Die benachbarten Gebäude, die in ernste Gefahr gerieten, vom Feuer ebenfalls erfaßt zu werden, konnten durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr gerettet werden. Die Ursache des Feuers ist vermutlich auf Brandstiftung des Knechtes zurückzuführen.

Recht. Erst gepeitscht, dann vom Gericht bestraft. In Mecklenburg kommen merkwürdige Dinge vor. Von einer solchen Merkwürdigkeit sei hier berichtet: Die Bestimmungen der stellvertretenden Generalkommandos über Arbeitshilfe in der Landwirtschaft machen bekanntlich über die Befehle von Bundesrat und Reichstag, wonach außer den gesamten weiblichen auch die jugendlichen Personen männlichen Geschlechts unter 17 Jahren von der Hilfsdienstpflicht freibleiben, einen dicken Strich. Sie führen durchweg für den vom Hilfsdienstpflicht freigelassenen Personenkreis — wenigstens soweit die Landbevölkerung in Betracht kommt — kurzweg den Arbeitszwang ein. So wird bestimmt, daß Minderjährige (unter 17 Jahren, soweit es die männlichen Geschlechts betrifft) ihre Dienst- oder Arbeitsstelle nur mit schriftlicher Genehmigung des Arbeitgebers verlassen dürfen. Wird die Genehmigung nicht erteilt, so entscheidet die Ortspolizeibehörde endgültig. Wozu in der Praxis solche Bestimmungen herhalten müssen, zeigt das nachstehende, vom Schöffengericht Laage in Mecklenburg am 18. Juni dieses Jahres gefällte Urteil gegen einen vierzehnjährigen Knaben, der seine Dienststelle als Kuhhirte verlassen hatte, weil er von seinem Dienstherrn mit der Peitsche bestraft worden war. Das Urteil lautet im wesentlichen:

„Der Angeklagte wird aus § 12 der Bekanntmachung vom 1.13. April 1917 (Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos — Die Red.) in eine Geldstrafe von 10 Mk. und für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, in eine Haftstrafe von zwei Tagen, sowie in die Kosten verurteilt. Gründe: Der Angeklagte hat sich mit Bewilligung seines Vaters ordnungsmäßig beim Erbpächter Bauer in Breelen als Kuhhirt, also in einem landwirtschaftlichen Betriebe, vermietet. Es ist richtig, daß Bauer den Angeklagten am 21. April dieses Jahres und am folgenden Tage mit der Peitsche und mit Ohrfeigen geizigt hat, es ist aber auch festzustellen, daß dies nur infolge großer Frochheit des Angeklagten und ohne das Maß einer pöbelhaften Züchtigung zu überschreiten geschahen ist, der minderjährige Angeklagte also (also?) — Die Red.) nicht das Recht hatte, deswegen das Dienstverhältnis zu lösen und, wie er tat, einfach wegzulaufen, und zwar ebensowenig nach der Verordnung vom 3. August 1892 (Mecklenburgische Gesetzgebung — Die Red.) als nach § 5 der Bekanntmachung vom 1.13. April 1917 ohne schriftliche Genehmigung. Der Angeklagte war daher aus der letzteren Anordnung, als der schwereren, zu bestrafen. Man hat dem Angeklagten nach Lage der Sache mildernde Umstände zugebilligt und eine Strafe von 10 Mk., ausfindig zwei Tage Haft, für angemessen erachtet.“

Soweit die Urteilsgründe, die entgegen der ausdrücklichen Bestimmung in Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch dem Dienstherrn ein Züchtigungsrecht zu erkennen, in Frage kommen, mag man das Urteil des Schöffengerichts Laage als einen Unkenntnis der Rechtsprechung ansehen; bestehen bleibt, daß die Bestimmungen der stellvertretenden Generalkommandos solchen Urteilen als Grundlage dienen. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Väter selber mit der Peitsche „gezügelt“ und dann noch ebendort gerichtsfest bestrafen Kinder im Schützengraben das Vaterland verteidigen, so steigt eine maßlose Entrüstung in einem auf. Wann macht der Reichstag diesem Zustande ein Ende?!

Nützigen. Vom Spiel in den Tod. In der Grenzfrage wurde ein 7-8 Jahre alter Knabe von einem Malterer wegen des Konsumverweins überfahren und getötet. Der Knabe lag im Spiel mit Altersgenossen in dem Augenblick vom Bürgerkrieg auf den Fahrdamm, als der Konsumwagen in ziemlich rascher Fahrt dicht am Bürgerkrieg an einem entgegenkommenden Wagen vorbeifuhr. Ein Rad des Wagens ging dem Knaben über den Kopf; er erlitt einen schweren Schädelbruch und starb bald nach dem Unfall.

Aus der Partei.

Spaltungen der französischen Sozialistischen Partei.

Es ist kein Zweifel mehr, daß der Krieg die von Jaures unter so großen Opfern hergestellte Einheit des französischen Sozialismus zerstört hat. Die Schiedsrichter, die sich auf dem letzten Pariser Weltkongress abgefunden und die wir die Reue der Mitte und die Linke nennen konnten, vertieften sich in den letzten Monaten darauf, daß sie die Partei in drei auseinander-

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 2. Juli.

Die Festversammlung der Lübecker Holzarbeiter.

Die gestern abend zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes im Gewerkschaftshaus stattfand, war sehr gut besucht. Im Frieden würde das Jubiläum Anlaß zu einem Arbeiterfest gegeben haben, im Kriege genügt eine Festversammlung. Der Gauleiter, Genosse Carl Wille's (Hamburg) hatte das Referat übernommen. Er hat zunächst hervor, daß 25 Jahre vergangen sind, seitdem sich die Verbände der Tischler, Drechsler, Korbmacher, Bergolder, Birkenmacher, Stellmacher, Maschinenarbeiter und Korbschneider 1893 auf einem in Rassel stattgefundenen Kongress zum Holzarbeiter-Industrie-Verband zusammengeschlossen haben und dadurch für alle Berufsorganisationen große Vorteile erlangt worden sind. Die Anfänge der Holzarbeiter-Organisation selbst liegen bereits ein halbes Jahrhundert zurück und erfolgte 1868 in Berlin durch Gründung der ersten Holzarbeiter-Gewerkschaft, an deren Spitze der Tischler Th. York aus Hamburg als Vorsitzender stand. Diese Gründung fiel hinein in die Bruderkämpfe der politischen Parteien, die Sozialisten und Eisenacher. Der Streit griff auch auf die Gewerkschaften über und führte zu unheilvoller Zerplitterung. Als man sich nach 1875 geeinigt, war es wieder das Sozialistengehül, dem auch die meisten Gewerkschaften zum Opfer fielen. Die Tischler-Krankentasse in Hamburg war zunächst der Sammelplatz der Kollegen, bis 1883 es Karl A. Loß (Stuttgart) vermittelte, eine neue Organisationsform — die Fachvereine — ins Leben zu rufen, was in Mainz geschah. Redner schilderte nun die Geschichte und Entwicklung der einzelnen Berufsverbände des Holzgewerbes bis zum Zusammenschluß im D. H. V., gab ein Bild von den Schwierigkeiten des Aufbaues an der Unopferung der alten Kollegen, entwarf die Geschichte der Unterstützungsvereinigungen, gab ein Bild von den großen Lohnkämpfen, insbesondere auch von denen, die sich in Lübeck abgespielt haben, behandelte die Beitragsfrage und zeigte die Leistungsfähigkeit des Verbandes, der bisher fast 48 Millionen Mark an Unterstützungen herausgabte und die Kollegen allein im letzten Jahre eine Lohnsteigerung von 75 Millionen Mark erkämpft hat. Der Beitrag liegt von 15 Pfg. im Monat auf 1,80 Mk. pro Woche. Es habe sich aber gezeigt, daß nicht niedrige Beiträge, sondern Kraft und Macht die beste Anziehungskraft für die Massen haben. Der Holzarbeiter-Verband dürfe es sich zur Ehre anrechnen, seine Mitglieder auf ein höheres Kultur-niveau gebracht zu haben. Es gelang ihm, die Arbeitszeit von 12 auf 9 und 8 1/2 Stunden pro Tag zu verkürzen und den Lohn ganz erheblich zu steigern. Der Verband habe es verstanden, auch im Kriege die Kollegen vor Verelendung zu schützen und wird sich ihrer weiter annehmen. Am Schluß sollte der Redner den aktionswert schufen und aufbauen, und auch den mehr als hunderttausend Mitglieder, die ins Feld gezogen sind, die Heimat schützen und das Fortbestehen ihrer Organisation ermöglichen haben. Die 1 1/2 stündige Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden innere Verbandsangelegenheiten erledigt.

Mittelalterliche Gebräuche.

wollen die evangelischen Lübecker Geistlichen hier wieder einführen, wohl von der Ansicht ausgehend, daß sie dem Wesen der Kirche noch immer entsprechen. So wird jetzt berichtet, daß die geistliche Synode in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, die Kurrende wieder einzuführen, die in der Matthäi-Gemeinde bereits wieder eingeführt sei. Hingefügt wird, daß die Synode glaube, daß, wenn sich die rechten Leiter für diese auf Höfen und Straßen, sowie bei Kranken unentgeltlich singenden Kinder finden, sie eine solche Quelle für Haus und Volk würden.

fällende Bruststücke spalteten. Jede dieser Richtungen besaß nunmehr in Paris ihr eigenes Tageblatt. Die alte „Humanité“, geleitet von Renaudel, ist das Organ der Mitte. Jean Longuet führt am 10. April den „Populaire“, der die Linke vertritt. Am 15. Juni hat die Rechte, geführt von Comperre-Morel, die „France Libre“ gegründet, um die sich die Gruppe Borene schloß. Zur Linken gehört nunmehr auch Albert Thomas. Worin unterscheiden sich diese Gruppen und was bezwecken sie? Sämtliche drei Gruppen sind nach wie vor für die Landesverteidigung und für die Bewältigung der Kriegsverträge. Hiervon besteht gar kein Unterschied. Ein Trennungspunkt ist die Internationale und der andere Trennungspunkt ist die Haltung zur Regierung Clemenceau.

Zwischen der Mitte und der Linken handelt es sich um die Wiederberufung der Internationale. Die Linke ist unbedingt für letztere Forderung, während die Mitte gewisse Bedingungen stellt: Abkehr gegen die deutsche Sozialdemokratie und revolutionäre Aktion der letzteren als Mittel zu ihrer Grenzsetzung. Die Rechte will überhaupt von der Internationale nichts wissen.

Zwischen der Mitte und der Rechten handelt es sich um die Haltung zu Clemenceau. Die Führer der Rechten: Comperre-Morel, Borene, Albert Thomas usw. folgen dem Beispiel Herbes und sind Anhänger des Tigers geworden: sie verlangen den Krieg bis ans Ende und den Wirtschaftskrieg ohne Ende. Dagegen ist die Mitte für Krieg, aber auch für diplomatische Unterhandlungen und für den Völkerbund.

höher als im Jahre 1914/15, und allein im letzten Jahre hat er sich um 37,6 Prozent erhöht. Besonders auffällig ist die Steigerung des weiblichen Zuganges. Im Jahre 1915/16 verteilte sich der Zugang auf 4944 Männer und 477 Frauen, im Jahre 1916/17 wurden 6644 Männer und 818 Frauen in preussische Zuchthäuser eingeliefert. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme um 34,4 Prozent bei den Männern, aber um 71,5 Prozent bei den Frauen. Hier genügt die Erklärung von der gestiegenen Zahl der militärischen Verbrechen und Vergehen nicht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die steigende Zahl der Landesverratsprozesse recht wesentlich zur Füllung der Zuchthäuser beigetragen hat. Was über diese Prozesse bei der Beratung des Justizrats im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, läßt darauf schließen, daß die zuständigen Richter bei derartigen Urteilen eine ganz besondere Strenge walten lassen. Das erklärt die aus der Zuchthausstatistik sich ergebende gewaltige Steigerung der Kriminalität, weist aber auch darauf hin, daß das wirkliche Verbrechen während des Krieges doch wohl nicht die Zunahme erfahren hat, wie die nackten Zahlen der Zuchthausstatistik vermuten lassen.

Strümpfe in einem Hausflur auszugeben und ihr zu übergeben. Die Sachen verkaufte sie dann auf der Straße. Endlich wurde sie von einem Mädchen, dem sie ebenfalls die Schuhe und Strümpfe abgenommen hatte, erkannt, und auf Veranlassung der Mutter des Mädchens verhaftet.

Alles wieder in Ordnung. Die vielbesprochene Bernburger Schlachthofsäure hat ein für die Beteiligten recht erfreuliches Ende genommen. Wegen der Unregelmäßigkeiten auf dem städtischen Schlachthof waren u. a. Schlachthofdirektor Stein mit 2000 Mark, Oberbürgermeister Geheimrat Weinberger mit 1000 Mark, Stadtrat Adernann mit 600 Mark und der Gymnasialdirektor Prof. Köhler mit 600 Mark Strafe belegt worden. Der Schlachthofdirektor zog die Konsequenzen aus den Vorfällen und nahm seine Entlassung. Die Bernburger Stadtverordneten haben nun gefunden, daß alles nicht „so schlimm“ gewesen sei. Sie beschloßen, daß die Strafbefehle gegen den Oberbürgermeister und den Stadtrat keinen Anlaß böden, mit den beiden Herren nicht mehr zusammenzuarbeiten. Als dieser Beschluß bekannt wurde, fand auch der Schlachthofdirektor kein seelisches Gleichgewicht wieder. Daher zog er sein Gesuch um Pensionierung zurück. Und der Gemeinderat war auch dem Schlachthofdirektor gegenüber nicht von Stein. Er kam zu der Ansicht, daß es nicht angebracht sei, den Schlachthofdirektor allein als Sündenbock in die Wüste zu schicken und erklärte sich damit einverstanden, daß er weiter in seinem Amte bleibt. Es ist also jetzt wieder alles in Ordnung.

Soziales.

Die Zuchthäuser füllen sich. In den preussischen Zuchthäusern befinden sich am 31. März 1917 11562 Gefangene gegen 12451 am Schluß des vorhergehenden Rechnungsjahres. Insgesamt waren in den, dem Ministerium des Innern unterstehenden Strafanstalten, wie aus der jetzt veröffentlichten Statistik ersichtlich ist, am 31. März 1917 21642 Gefangene, das sind um 2355 mehr als am 1. April 1916. Bis zum 1. April 1918 unterstand ein Teil der Strafanstalten dem Ministerium des Innern, ein anderer Teil dem Justizministerium, letzter ist das gesamte preussische Gefängniswesen dem Justizministerium unterstellt. Die sämtlichen Zuchthäuser dem Ministerium des Innern unterstanden, sind in dieser Gefängnisstatistik nur die auf Zuchthausgefangenen bezüglichen Zahlen voll vergleichbar. Die Zahl der Verurteilten war in den letzten Jahreszeiten vor dem Kriege stark zurückgegangen, infolgedessen hatte sich auch der Zugang in den Gefängnissen und Zuchthäusern vermindert, und zwar war der Rückgang bei den letzteren besonders stark. Im ersten Kriegsjahr hat dieser Rückgang auch noch angehalten, dann aber trat eine rapide Steigerung ein. Der Zugang zu den Zuchthäusern betrug im Rechnungsjahre 1914/15 4279, er stieg im folgenden Rechnungsjahr auf 5421 und 1916/17 weiter auf 7462. Nähere Angaben über die Strafanstalten und die persönlichen Verhältnisse der neu eingelieferten Zuchthausgefangenen enthält die neuere Statistik nicht. Im Vorjahre war die Steigerung vornehmlich auf die Zunahme der militärischen Verbrechen und Vergehen zurückzuführen, diese dürften auch im Berichtsjahre eine sehr erhebliche Rolle gespielt haben. Sie reichen aber zur Erklärung des ungeheuer gesteigerten Zuganges nicht aus. Dieser war im Jahre 1916/17 um 74,4 Pro-

Nach und Fern.

Die „spanische“ Grippe in Deutschland. Die „spanische“ Grippe hat nun auch in Deutschland ihren Einzug gehalten; sie wird von der Berliner Medizinalbehörde als ungefährlich bezeichnet. Der Vorsitzende der bakteriologischen Abteilung des städtischen Medizinalamtes, Dr. Seligmann, sagte einem Mitarbeiter des „B. T.“, daß es sich den bisherigen Beobachtungen zufolge um eine Influenza-Epidemie handle, wie sie in den Jahren 1889 bis 1893 ganz Europa überzogen habe. Ein wirkliches Vorbeugemittel gegen die Krankheit gebe es nicht. Ein Mitglied des Köchischen Instituts hat bereits Fälle der neuen Krankheit beobachtet und in einem Falle den Influenza-Bazillus erkrankt festgestellt. Seinen Beobachtungen zufolge werden ältere Personen weniger als junge Personen von der Krankheit befallen, die nach heftigem Fieber mit Schleimhautreizung innerhalb zweier bis dreier Tage harmlos verläuft. Die Gefahr für die Zivilbevölkerung hält er für sehr gering. Bisher sei bei den Erkrankungen noch kein Todesfall vorgekommen.

In Berlin und im größten Teil Bayerns ist diese Krankheit jetzt ausgebrochen. Wie die „Allgem. Ortskrankenkasse“ in Berlin mitteilt, hat sich ihr Krankenbestand in den beiden letzten Wochen um 2000 erhöht. Täglich erkranken etwa 2-300 Personen an Grippe. — In Frankfurt herrscht diese Krankheit ebenfalls und nimmt eine schnelle Ausbreitung an.

Die Mappendiebstahl. Seit längerer Zeit hat in Berlin ein Mädchen unter verschiedenen Vorwänden vielen Kindern ihre lederen Schultaschen entlockt. Jetzt ist es gelungen, die Diebin in der Person der erst 16 Jahre alten Elisabeth Knebel zu verhaften. Sie lastete Schulfreundin mit Süßigkeiten an sich, nahm ihnen die Schultaschen ab und verkaufte sie an einen Sattlermeister in der Kopenickerstraße für 5 Mark die Tasche. Mit der Zeit wurde ihr aber dieses Geschäft zu gefährlich, und sie richtete nun ihr Augenmerk auf die Schuhe und Strümpfe der Kinder. In mehr als 30 Fällen veranlaßte sie Kinder, Schuhe und

Strümpfe in einem Hausflur auszugeben und ihr zu übergeben. Die Sachen verkaufte sie dann auf der Straße. Endlich wurde sie von einem Mädchen, dem sie ebenfalls die Schuhe und Strümpfe abgenommen hatte, erkannt, und auf Veranlassung der Mutter des Mädchens verhaftet.

Alles wieder in Ordnung. Die vielbesprochene Bernburger Schlachthofsäure hat ein für die Beteiligten recht erfreuliches Ende genommen. Wegen der Unregelmäßigkeiten auf dem städtischen Schlachthof waren u. a. Schlachthofdirektor Stein mit 2000 Mark, Oberbürgermeister Geheimrat Weinberger mit 1000 Mark, Stadtrat Adernann mit 600 Mark und der Gymnasialdirektor Prof. Köhler mit 600 Mark Strafe belegt worden. Der Schlachthofdirektor zog die Konsequenzen aus den Vorfällen und nahm seine Entlassung. Die Bernburger Stadtverordneten haben nun gefunden, daß alles nicht „so schlimm“ gewesen sei. Sie beschloßen, daß die Strafbefehle gegen den Oberbürgermeister und den Stadtrat keinen Anlaß böden, mit den beiden Herren nicht mehr zusammenzuarbeiten. Als dieser Beschluß bekannt wurde, fand auch der Schlachthofdirektor kein seelisches Gleichgewicht wieder. Daher zog er sein Gesuch um Pensionierung zurück. Und der Gemeinderat war auch dem Schlachthofdirektor gegenüber nicht von Stein. Er kam zu der Ansicht, daß es nicht angebracht sei, den Schlachthofdirektor allein als Sündenbock in die Wüste zu schicken und erklärte sich damit einverstanden, daß er weiter in seinem Amte bleibt. Es ist also jetzt wieder alles in Ordnung.

Eisenbahnunfälle. Am Sonntag nachmittag der um 1/3 Uhr in Straußberg fällige Anschlußzug für den Berliner Vorortzug sich der Einfahrt zum Nebenbahnhof Straußberg näherte, sprang plötzlich die Lokomotive aus dem Gleise. Der erste Wagen fuhr mit voller Gewalt gegen die Maschine. Zwei auf der Plattform der ersten Wagens stehende Männer wurden hinuntergeschleudert. Der hinzugerufene Arzt konnte bei dem Arbeiter Paulschke aus Pöthenburg nur noch den Tod feststellen. Der Arbeiter Gustav Uster aus Berlin hat schwere Verletzungen erlitten.

192 000 Mark unterschlagen. Der Rechnungsbeamte der Darlehnskasse in Groß-Peterwitz, Kreis Kyritz, Galtwitz Heinrich Klösel, in wegen Unterschlagung in Höhe von 192 000 Mark verhaftet worden.

Literarisches.

Schönheitsbüchse. Eine methodische, leichtfaßliche und sichere Unterweisung zum Selbstunterricht in der so nötigen Kunst des Schönheitsbüchens von H. Ch. Martens. Verlag von L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenener Straße 80, 1918. Preis 1,40 Mark. Jedem, dem daran gelegen ist, durch Selbstunterricht in ganz kurzer Frist eine gute, stehende Handschrift zu bekommen, sei die Methode des Verfassers als erfolgreich empfohlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lüber und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lüber.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 1. bis 7. Juli 1918 werden 200 gr Rindfleisch oder 400 gr Schweinefleisch oder 200 gr angeräucherte, oder 180 gr Quercorn, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben. Lüber, den 1. Juli 1918. (3138)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend den Verkauf von Seefischen.

Anhaber des Abschnittes I des Fischkartenbesitzes werden darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen der Abschnitt 2 in Geltung gesetzt werden wird. Es ist daher zweckmäßig, den Abschnitt 1 noch unterzubringen. Lüber, den 1. Juli 1918. (3137)

Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Enten.

Bis auf weiteres werden vom Markthallenauflieger werktäglich während der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Enten entgegengenommen.
Der Preis beträgt Mk. 4.00 für das Pfund.
Eine Anrechnung auf die Fleischkarte findet nicht statt.
Die Ausgabe der Enten findet nur Mittwochs und Sonntags von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags in der Markthalle gegen Barzahlung statt.
Lüber, den 1. Juli 1918. (3136)

Der Ernährungsanschuß.

Eine Bekanntmachung Nr. M. 703/B. IS KRA. betreffend **Bekanntmachung von Bismut** vom 2. Juli 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden, sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.
Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern und Polizeibehörden einzusehen.
Lübeck, den 2. Juli 1918. (3135)

Großer Bismut
billig zu verkaufen.
3128) Pelzerstr. 5, I.

Kleine Hans mit Garten zu kaufen gesucht. Mühlen- oder Dürterstr. 10. Angeb. unter C K 103 an die Gr. (3141)

Erlösung
Jahresausgabe der „Erlösung“ für die kriegsbeschädigten Soldaten. — Ausgabe durch die Landesregierung. — Der Erlös wird zum Teil für die kriegsbeschädigten Soldaten, zum Teil für die kriegsbeschädigten Soldaten verwendet.
Fortleben
Jahresausgabe der „Fortleben“ für die kriegsbeschädigten Soldaten. — Ausgabe durch die Landesregierung. — Der Erlös wird zum Teil für die kriegsbeschädigten Soldaten, zum Teil für die kriegsbeschädigten Soldaten verwendet.

Schulgelddahlung.

Das gemäß der im Besitz der Zahlungspflichtigen befindlichen Schulgelddettel zu entrichtende Schulgeld ist für die Schüler und Schülerinnen der sämtlichen hiesigen Schulen für das laufende Vierteljahr in der Zeit vom 17. Juni bis zum 3. Juli 1918 bei dem Steueramt (Zimmer Nr. 1, rechts) an den Werttagen von 8-1 Uhr einzuzahlen. Zahlungen durch die Post sind porto- und bezugsfrei zu bewirken. Banküberweisungen erfolgen an die Oberschulbehörde.
Die in der vorstehenden Frist nicht gezahlten Beträge sind mit einem Zuschlag von zwei Pfennig für jede angefangene Mark, der jedoch auf die nächste höhere, durch fünf teilbare Zahl abzurunden ist, innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der Frist bei der Kasse des Steueramtes zu bezahlen. Bei gestundeten Beträgen wird dieser Zuschlag nicht erhoben.
Die dann noch rückständigen Beträge nebst dem Zuschlag werden durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege beigetrieben.
Lüber, den 15. Juni 1918. (3130)

Die Oberbürgerbehörde.

Am Sonntag morgen entschloß sich nach langem, schwerem Leiden meine herzengute Frau, unsere liebe gute Mutter, Schwester und Schwägerin. (3133)

Chatharine Koschnereit
geb. Ländorf
im 49. Lebensjahre, tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen Angehörigen.
August Koschnereit.
Beerdigung Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr, in Rennefeld.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 4. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal (H. Eilers)
Hilfsstraße 110.
Zugelassene und Kassieren der Beiträge.
1. Aufnahme und Kassieren der Beiträge.
2. Agitationstour nach Wittenberg.
3. Eingänge.
Der Vorstand.

Lagerarbeiter

steht noch ein (3142)
Paul Roggenkamp
Charlottenstr. 29.
Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Öffentliche unentgeltliche Vorträge

der Volkswirtschaftlerin **Felicitas Ohaus**
am **Dienstag, d. 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr u.**
Donnerstag, d. 4. Juli, nachm. 4 Uhr
im **Marmorsaal des Stadttheaterbaues.**
Wie müssen wir die wenigen Nahrungsmittel kochen, sterilisieren, einkochen, konservieren, um durchhalten zu können?
Praktische Kochvorführungen.
Es wird gebeten, Kostellerchen und Löffel mitzubringen, da Kostproben verteilt werden. (3133)

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs.
Dienstag, den 2. Juli 1918:
Zum letzten Male:
Einsame Menschen.
Schauspiel von Gerhart Hauptmann.
Mittwoch, den 3. Juli 1918:
Zum letzten Male:
Das Fräulein vom Amt
Operette von Gilbert.
Donnerstag, den 4. Juli 1918:
Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Hansa-Theater.

Ab Dienstag, d. 2. Juli, täglich abends pünktl. 8 Uhr:
„Der Hias“
Ueber 100 Mitwirkende
Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.
Mit Riesenerfolg über 3000 Male in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.
Mittwoch, d. 3. Juli, nachm. pünktlich 3 1/2 Uhr:
Familien- und Schüler-Vorstellung
bei kleinen Eintrittspreisen: 1.50 1.00 0.75 0.40 Mk.
Karten für diese Vorstellung nur an der Theaterkasse.
Zur Beachtung!
Zur Beachtung!
Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrich, Ecke Schüsselbuden, Musikhaus Odeon sowie an der Theaterkasse des Hansa-Theaters von 11-1 Uhr vorm. und von 6 Uhr ab.
3132